Morgen-Ausgabe
No. 173. — 56. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Beiblatt
Sonnabend, 11. April 1908

„Berliner Verkehrspläne."

Gegen die Stadt Berlin.

Die ministerielle „Berliner Korrespondenz" veröffentlicht unter der Ueberschrift „Berliner Verkehrspläne" einen offensichtlich aus dem Eisenbahnministerium stammenden Artikel, in dem über die am Donnerstag in diesem Ministerium unter dem Vorsitz des Ministers Breitenbach abgehaltene Besprechung der Tunnelprojekte der Großen Berliner Straßenbahn und der vom Stadtbaurat Krause aufgestellten Straßendurchbruchspläne berichtet wird. Der Bericht besagt im wesentlichen folgendes:

Für die ganze zukünftige Behandlung der zur Erörterung stehenden Fragen war bedeutungsvoll die vom Minister abgegebene Erklärung, daß die Prüfung der seinerzeit von den Straßenbahngesellschaften vorgelegten Entwürfe, die in der Leipzigerstraße eine viergleisige Tunnelanlage mit Gleisverschlingungen auf den Stationen vorsähen, gewisse Bedenken, wie sie auch von der öffentlichen Kritik hervorgehoben seien, habe gerechtfertigt erscheinen lassen. Demgegenüber verdiene der neuerdings aufgestellte Entwurf, der die Durchführung der vier Gleise auch in den Stationen unter Herstellung von Zwischenbahnsteigen zeige, dermaßen den Vorzug, daß die fernere Erörterung sich lediglich mit diesem neuen Plane zu befassen haben werde. Dieser Plan gestatte auch zukünftig im Falle des eintretenden Bedürfnisses zwei der Gleise zu einem Schnellbetriebe zu benutzen. Die Vertreter der Straßenbahngesellschaften erklärten, daß sie mit der Weiterverfolgung dieses Projektes einverstanden seien.

In der Erörterung über die bauliche Ausführung wurden stadtseitig Bedenken namentlich gegen die Störung und Benachteiligung der Kanalisation und wegen der eintretenden Erschwerung in der Durchführung der städtischen Schnellbahnprojekte erhoben und ferner Zweifel wegen der Sicherheit des geplanten Tunnelbetriebes geltend gemacht. Der Minister wies demgegenüber darauf hin, daß die neuen Pläne noch weiterer sorgfältiger Durcharbeitung bedürften(!), späterhin auch im gesetzlichen Planfeststellungsverfahren aller baulichen Streitpunkte eingehend zu erörtern wären und die zuständigen Behörden gewiß keine Anlage genehmigen würden, die nicht eine sichere Betriebsführung gewährleiste.

Bei der Erörterung der Verkehrsverhältnisse wurde allseitig anerkannt, daß die vom Stadtbaurat Krause aufgestellten Straßendurchbruchspläne sowie die von der Stadt für die nordsüdliche Richtung in Aussicht genommenen Untergrundbahnen außerordentlich wertvoll und nützlich sein würden. Der Minister stimmte aber dem Polizeipräsidenten, der sich dahin ausgesprochen hatte, daß er die Ausführung der Straßenbahntunnel im öffentlichen Verkehrsinteresse wünschen müsse, da die nach dem städtischen Projekte in Aussicht genommenen Verkehrsunterlassungen an der Macht der Gewohnheit scheitern würden und auch dem örtlichen Verkehrsbedürfnisse der Potsdamer- und Leipzigerstraße wohl nicht genügend Rechnung trügen, darin bei, daß diese Straßendurchbrüche allein nicht ausreichten, und durch ihre Ausführung der Wert der Untertunnelungsprojekte nicht beseitigt werde. Er hoffe, daß über die Ausführung beider Projekte, welche dem stetig wachsenden Verkehre die notwendigen Dienste leisten würden, zwischen den Beteiligten eine Verständigung sich werde erzielen lassen. Andernfalls würde, um vorwärts zu kommen, nichts anderes übrig bleiben, als daß die Straßenbahngesellschaften für die Durchführung ihrer Tunnelpläne den gesetzlich vorgeschriebenen Weg beschritten und daß das Ergänzungsverfahren eingeleitet werde.

Von den Vertretern der Straßenbahnen wurde endlich hervorgehoben, daß die Gesellschaften nur dann in der Lage wären, die für die Tunnelanlagen notwendigen erheblichen Geldmittel aufzubringen, wenn ihnen eine 90jährige Genehmigungsdauer und eine angemessene Tariferhöhung (!) zugestanden würden. Der Oberbürgermeister erklärte, daß er die Ausführung der Straßendurchbrüche den städtischen Behörden nicht werde empfehlen können, wenn die Tunnelprojekte der Straßenbahngesellschaften zur Ausführung kämen. Dasselbe gelte für die Nord-Süd-Schnellbahn, wenn die Stadt genötigt werde, den wichtigsten Bahnhof dieser Linie an der Ecke Friedrich- und Leipzigerstraße unter dem Tunnel der Straßenbahn anzuordnen.

Wir sehen aus diesem vom Ministerium ausgegebenen Bericht mit Erstaunen, daß der preußische Eisenbahnminister in der einseitigsten Weise für die Privatinteressen der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft gegenüber denjenigen der Stadt Berlin Partei ergriffen hat. Der Minister hat sogar direkt der Stadt Berlin die Einleitung des Ergänzungsverfahrens angedroht, durch das die Straßenbahngesellschaft ermächtigt werden soll, über den Kopf der Stadt Berlin hinweg ihre Tunnelprojekte durchzuführen. Und dabei steht schon längst fest, daß diese Projekte für die Gesellschaft Nebensache sind, und daß dabei die Hauptsache die Konzessionsverlängerung um 90 Jahre und die Beseitigung des Zehnpfennigtarifs bilden.

Aus den Erklärungen des Oberbürgermeisters Kirschner geht hervor, daß die Stadt Berlin an keines ihrer Projekte, die eine Verbesserung des Berliner Verkehrs bezwecken, herangehen kann, ehe nicht eine Entscheidung nach dieser oder jener Richtung getroffen ist. Da aber der Minister selbst zugegeben hat, daß die Pläne der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft „noch weiterer sorgfältiger Durcharbeitung" bedürften, so wird es noch Jahre dauern, ehe etwas zur Beseitigung der Verkehrskalamität geschehen kann, unter der die Bevölkerung von Groß-Berlin auf das empfindlichste zu leiden hat.

Das Eine erweist aber der von der ministeriellen „Berl. Korresp." veröffentlichte Bericht zur Evidenz: Eine der Hauptursachen für die Berliner Verkehrsnot bildet die einseitige Stellungnahme der Staatsbehörden für die Interessen einer Privaterwerbsgesellschaft gegenüber den Interessen der Reichshauptstadt.

Der Knabenmord.

Von der zerstückelten Knabenleiche, die im Tiergarten gefunden wurde, sind jetzt im ganzen 54 Teile von den Gerichtsärzten Medizinalrat Dr. Störmer und Dr. Strauch festgestellt worden. Eine Menge Fleischteile sowie die Arme und Hände fehlen noch. Nach sorgfältiger und mühevoller Sichtung ist es den Aerzten jetzt gelungen, den Kopf fast ganz wieder herzustellen und zusammenzunähen. Bei dieser Sichtung und Prüfung kam auch das linke Augenlid noch zum Vorschein. Es ergab sich, daß es keine Narbe hat. Der Kopf wird ebenfalls photographiert und das Bild ausgestellt werden. Er erinnert an den slawischen Typus. Es scheint, daß der Junge mit den Fremden hierher gekommen oder vielleicht erst als Leiche nach Berlin geschafft worden ist. Das Haar ist wahrscheinlich niemals geschnitten oder nach hinten gekämmt gewesen, sondern wild getragen worden. Die Füße lassen darauf schließen, daß der Knabe schlechtes, nicht passendes Schuhzeug getragen hat. Die zweiten Zehen waren, wie sich bei der Wiedervereinigung der Füße ergab, über die großen Zehen geschoben.

Die Hauptarbeit der Kriminalpolizei besteht immer noch darin, den Spuren der als vermißt angegebenen Knaben in der Nähe und in der Ferne nachzugehen und nach der Herkunft der Pakethüllen zu forschen. Mehrere Fingerzeige haben nach den Laubengeländen als Tatort hingewiesen. Auch nach dieser Richtung werden die umfassendsten und genauesten Nachforschungen angestellt. Die in Papier eingewickelt gefundene blaue Sportmütze mit Schirm scheint einige Oel- und Farbenflecke zu enthalten. Auch dieser Spur wird nachgegangen, wenn auch noch keineswegs feststeht, daß die Mütze von dem Täter berührt.

Jetzt, nachdem die Leichenteile einige Tage im Schaubause gelegen haben und etwas eingetrocknet sind, treten die Strangulationsmarken in der Halshaut noch deutlicher hervor als früher. Es scheint, daß der Mörder eine Doppelschnur benutzt hat; denn der eine Eindruck ist etwas tiefer und schärfer als der andere.

Lokales.

Kontrollversammlung.

Während der Monate April und November herrscht vor dem Bezirkskommando, den fünf großen Backsteingebäuden am westlichen Rande des Tempelhofer Feldes, zu gewissen Vor- und Nachmittagsstunden ein reges Leben. Hier versammeln sich aus allen Teilen der Weltstadt die zu den Kontrollversammlungen einberufenen „Mannschaften des Beurlaubtenstandes". Pünktlich zur festgesetzten Stunde werden die Tore geöffnet und im schwärzlichen Gewimmel strömen die Reservisten auf den Hof.

Das Sammeln der Mannschaften geschieht um Tafeln, an denen bereits die zuständigen Feldwebel ihrer Untergebenen harren. Jetzt überstürzen sich die Kommandos: „Ueberzieher und Jacken zuknöpfen" — „Stöcke und Schirme wegstellen" — „Richtung" — „Fühlung" — „Vordermann" — „Zigarren weg". Und ehe man es denkt, kommt Ordnung in die bunte Gesellschaft.

Allerdings nicht im streng militärischen Sinne. Denn hier steht der ehemalige baumlange Flügelmann neben Leuten, die in der zwölften Kompagnie gedient haben, der uniformierte Feuerwehrmann oder Straßenbahnschaffner neben der Pelerine des Droschkenkutschers, der Livreediener des Warenhauses neben dem ehemaligen Einjährigen im modernen Ueberzieher und der Briefträger neben dem Rollkutscher oder Fabrikarbeiter. Aber alle unter dem Baume des Kommandowortes und der militärischen Disziplin, genau wie früher, als sie noch den bunten Rock trugen.

Die eigentliche Kontrollversammlung bietet wenig Aufregungen. Zunächst macht der diensttuende Offizier darauf aufmerksam, daß alle zur Kontrollversammlung Einberufenen während des ganzen Tages unter den Militärgesetzen stehen, sodann werden die Kriegsartikel und einige sonstige Bestimmungen verlesen sowie die erfolgten Bestrafungen von Reservisten bekannt gegeben. Hierauf folgt das zeitraubende Geschäft des Namensverlesens, und schließlich werden noch alle die, die eine fremde Sprache beherrschen, Automobil fahren können oder Lust haben, in die südwestafrikanische Schutztruppe einzutreten, aufgefordert, sich beim Feldwebel zu melden. Sodann werden die einzelnen Abteilungen im geschlossenen Zuge zum Hofe hinausgeführt.

Schnell verteilt sich die Menge nach allen Richtungen; ein Teil sucht Erholung in den an solchen Tagen überfüllten Lokalen der Nachbarschaft, andere eilen ihrer gewohnten Beschäftigung nach. Unter diesen mögen viele sein, denen die unfreiwillige Versäumnis ihrer werktätigen Arbeit recht unangenehme wirtschaftliche Folgen bringt. Denn die Gesetzgebung zur Kontrollversammlung bedingt keinerlei Ansprüche auf irgendwelche Gebühren, und der Verlust an Zeit und Verdienst wird den Gestellungspflichtigen von niemandem ersetzt.

Erhöhte Schulbücherpreise!

Man schreibt uns:

Beinahe fünf Jahre hat es gedauert, ehe eine hohe Behörde sich nach Einführung des neuen Lehrplans für die Berliner Volksschulen zur Einführung der notwendigen Schulbücher entschließen konnte. Vielleicht hatte man die gute Absicht, recht gründlich bei der Auswahl vorzugehen; genug, seit dem 1. Oktober 1907 hat die Berliner Schulregierung in den verschiedenen Schulkreisen verschiedene Schulbücher zum Gebrauch empfohlen und befohlen. Die Väter schulpflichtiger Kinder haben zu berappen. Es ist anzunehmen, daß die Schulgewaltigen bei der Auswahl auch den Preis der Bücher in Rechnung gesetzt haben. Warum sollte man gerade die teuersten Bücher wählen, wenn wohlfeile Bücher dasselbe bieten! — Jedenfalls konnten sich die Verleger der gewählten Bücher ins Fäustchen lachen. Sie werden das auch getan haben; aber es war ihnen noch nicht genug. Jetzt — nach einem halben Jahre — ist der Preis mit einem Ruck erhöht worden. Vor der amtlichen Einführung konnte sich mancher Schulbücherverlag nicht genug tun mit Hinweisen auf die Güte und Billigkeit seiner Werke. Man druckte sogar den „billigen" Preis, der übrigens gar nicht so niedrig war, auf die Titelblätter. Und heute? Wozu gibt es Handstempel? Der Preis ist überstempelt, und jedes der Sprach-, Rechen- und Religionsbücher kostet 5, 10 und 20 Pfennig mehr. So steigt der Wert eines Buches, wenn es amtlich eingeführt ist! Am bedeutendsten ist der Wert des biblischen „Geschichtsbuches von Meinke usw. gestiegen, obwohl seine Zusammenstellung schließlich die geringste Mühe gemacht hat, da die Geschichten nicht erst verfaßt, sondern nur aus der Bibel abgedruckt zu werden brauchten. Um zwanzig Prozent ist es emporgeschnellt. Die Schuldeputation sollte hierauf die einzig richtige Antwort geben und die Bücher von der Liste absetzen. Die Schulbücherverleger können dann die Preise noch mehr erhöhen. Vielleicht finden sich dann Einzelliebhaber unter den Bibliophilen.

Das neue Wasserwerk.

Der Berliner Magistrat ist in seiner gestrigen Sitzung dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, das Gelände bei Heiligensee, das zur Anlegung eines neuen Wasserwerkes bestimmt ist, zu dem Preise von 2,450,000 Mark anzukaufen, beigetreten.

Im Freibad Wannsee

herrscht jetzt eine rege Tätigkeit, da mit dem Aufstellen der Hallen, die als Aus- und Ankleideraum dienen, begonnen worden ist. Es werden sechs solcher Zelte errichtet, die ziemlich lang und breit sind, und in denen eine große Anzahl von Personen Unterkunft finden kann. Sie bestehen aus einem Eisengerüst, das von grauer wasserdichter Zeltleinwand umgeben ist. Auch das etwas schräge Dach ist damit bedeckt, doch kann hier bei schönem Wetter die Leinwand zurückgeschoben und das Dach geöffnet werden. Das Bad ist in einer Länge von 500 Meter mit einem hohen Drahtzaun umgeben worden, der sich die bewaldeten Hügel hinaufzieht und oben ein gutes Stück des Grunewalds einschließt, wo sich die Badegäste lagern oder ergehen können. Das Bad zerfällt in drei ebenfalls durch Drahtgänge voneinander getrennte Teile, in das Damenbad und das Herrenbad und in das zwischen diesen beiden in der Mitte liegende Familienbad, wo Damen, Herren und Kinder zusammen baden können. Vor jeder dieser Abteilungen zieht sich ein breiter Strand hin, der durch Aufschüttung von weißem Sande bedeutend erhöht worden ist. Der Zutritt zum Bade findet durch ein hohes, eisernes, grün angestrichenes Tor statt, dessen oberer Rand Wellenlinien zeigt. Zu beiden Seiten eines in der Mitte dieser Wellenlinien sich erhebenden Aufbaues sitzt eine nackte Männer- und eine nackte Frauengestalt, auf dem Aufbau schickt sich ein Mann im Badekostüm zu einem Kopfsprunge an, und darunter zieht ein Schwan durch die Wellen dahin. Die Inschrift an dem Tore lautet: „Freibad Wannsee. Berliner Freibäder-Verein". Von Westkopf liegt dieses eingeschlossene Bad, das sich bis zum Schwanenwerder hin erstreckt, ziemlich weit entfernt, und man gelangt dorthin auf einer ebenfalls neu aufgeschütteten Strandpromenade, wenn man es nicht vorzieht, den Weg oben durch den Wald zu nehmen.

Die öffentliche Versammlung der Zivilberufsmusiker,

die die Schutzkommission des Vereins Berliner Musiker (E. V.) auf Donnerstag, 16. d. M., abends 9 Uhr nach dem Musikervereinshaus, Kaiser Wilhelmstraße einberufen hat, um über die schwere materielle Schädigung, die den Zivilmusikern aus der Konkurrenz der Militär- und Beamtenmusiker, Lehrlings- und Ausländerkapellen erwächst, Beschwerde zu führen, wird allem Anschein nach außerordentlich gut besucht werden. Aus einer großen Anzahl deutscher Städte sind bereits Delegierte angemeldet, und täglich treffen neue Meldungen ein. Die internationale Musikerkonföderation wird durch ihren Bundespräsidenten Seip-Paris vertreten sein. Der österreichische Musikerverband entsendet seinen Präsidenten Frank aus Wien. Das einleitende Referat hat Dr. jur. Artur Pleißner-Leipzig übernommen. An das Referat wird sich eine Diskussion anschließen. Der Zutritt zur Versammlung ist jedermann gestattet.

Der Kultusminister in einer Volksschule. In der 28. und 217. Gemeindeschule in der Wilmsstraße erschien gestern Kultusminister Dr. Holle. Zu Begleitung des Ministers befanden sich der Geheime Oberregierungsrat Schöppe vom Kultusministerium und Stadtschulrat Dr. Fischer. Zum ersten Male besuchte der Minister eine Berliner Volksschule, um sich einen Einblick in den Unterrichtsbetrieb zu verschaffen. Herr Holle trat in verschiedene Klassen ein und folgte dem Unterricht auf der Unter-, Mittel- und Oberstufe. In der Aula, in der er mit Chorgesang begrüßt wurde, ließ er sich den Zeichenunterricht vorführen. Hierauf wohnte er noch dem Turnen bei, besichtigte dann die städtische Badeanstalt auf dem Nachbargrundstück. Kurz vor 12 Uhr verabschiedete sich der Minister.

Das Bureau des französisch-deutschen Annäherungskomitees, dessen Vorsitzender der erste Vizepräsident des Reichstages, Geheimrat Dr. Paasche ist, befindet sich Französischestraße 29, parterre, wohin alle Zuschriften zu richten sind.

Ehrengericht gegen einen Berliner Anwalt. Gegen den aus dem Sternberg-Prozesse bekannten Rechtsanwalt Dr. Ludwig Möhring-Friedenau, schwebt seit dem Jahre 1905 ein ehrengerichtliches Verfahren, das jetzt mit der Verurteilung des Angeklagten geendet hat. Möhring, der früher hier Amtsrichter war, fungierte seinerzeit im Bankhause Sternberg als Syndikus und stand auch seinem Chef in dessen Strafprozeß als Verteidiger zur Seite. Später, als Sternberg seine Strafe verbüßte, machte Möhring die Gefängnisdirektion darauf aufmerksam, daß zwischen Sternberg und seinem Bureau Durchstechereien getrieben würden. Die Folge davon war, daß dem Gefangenen der Verkehr mit seinem Bureau gänzlich abgeschnitten wurde. Die eingeleitete Untersuchung soll aber die Haltlosigkeit jener Anschuldigung ergeben haben, indem er etwa 60,000 Mark forderte. Die Gerichte sprachen ihm aber nur etwa 3000 Mark zu und legten ihm 1/10 der Gerichtskosten auf. Zu der ehrengerichtlichen Verhandlung, die über sechs Stunden währte, waren 25 Zeugen geladen. Der Angeklagte selbst war infolge von Krankheit nicht erschienen. Das Urteil lautete auf einen Verweis und 2000 Mark Geldstrafe.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich gestern nachmittag in der Charlottenstraße zwischen Behrenstraße und der Straße Unter den Linden. Eine Frau fuhr mit einem Kinderwagen direkt an der Bordschwelle. Der Automobilomnibus Nummer 1362 der Linie 10 Stettiner Bahnhof—Kreuzberg wollte vorbeifahren und geriet in den Zugang ins Schleudern. Die Hinterräder faßten die Frau und gingen ihr über den Körper hinweg. In besinnungslosem Zustande wurde die Verunglückte nach der Charité gebracht.

Der Todessturz aus dem Frankfurt-Berliner D-Zuge, dem, wie wir meldeten, die Krankenpflegerin Gertrud Boldt aus Zehlendorf bei Berlin zum Opfer fiel, hat zwar durch die bisherigen Ermittelungen noch nicht völlig aufgeklärt werden können, doch neigt man jetzt zu der Annahme, daß Fräulein Boldt, da nach Lage der Sache ein Selbstmord ausgeschlossen erscheint, vermutlich ist. Mit der Verstorbenen befanden sich in dem betreffenden Abteil zwei weitere Damen, eine Russin und eine Spandauerin, diese bemerkten, daß Fräulein Boldt kurz vor der Station Langenselbold das Abteil verließ, legten diesem Umstande aber keine Bedeutung bei. Als dann in Eisenach das Telegramm von dem Auffinden der Leiche bekannt gegeben wurde, kam den beiden dann das Ausbleiben ihrer Mitreisenden wieder in Erinnerung. Man nimmt an, daß Fräulein Boldt Toilette machen wollte und beim Passieren einer scharfen Kurve gegen eine nicht fest geschlossene Tür geschlendert wurde, so daß diese aufsprang und die Unglückliche hinausstürzte. Von ihren Gepäckstücken fehlt, soweit sich bisher feststellen ließ, nicht das geringste. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft fand in Langenselbold die Obduktion der Leiche statt. Dem Vernehmen nach soll das Ergebnis nicht auf ein vorliegendes Verbrechen schließen lassen.

Eine rätselhafte Persönlichkeit befindet sich gegenwärtig in Teplitz-Schönau in Haft. Bei der dortigen Polizei stellte sich unter der Beschuldigung einer in Berlin verübten Unterschlagung ein 29jähriger junger Mann, der sich Edgar Marx nannte und aus Posen stammen will. Wie er weiter angab, hat er bei der Firma Hartwig u. Vogel in Berlin, bei der er angestellt gewesen sei, einen Barbetrag von 600 Mark unterschlagen und ein ihm anvertrautes wertvolles Fahrrad veruntreut. Aus seiner Verhaftung zu entgehen, sei er nach Oesterreich geflüchtet; da er aber Mittel entblößt war, habe er sich gezwungen gesehen, sich freiwillig den Behörden zu stellen. Der junge Mann, der infolgedessen in Verwahrungshaft genommen wurde, widerrief später seine bisherigen Angaben mit der Behauptung, überhaupt kein Geld unterschlagen zu haben, er heiße auch nicht Marx, sondern Ajnizak und sei aus Gnesen gebürtig, wo sein Vater ein großes Schnhwarengeschäft besitze. Anfänglich habe er nach seiner Flucht beabsichtigt, in Böhmen Selbstmord zu verüben. Zu diesem Behufe kaufte er sich eine Quantität Lysol, von dem er im Kloset des Bahnhofes Karbitz einen Teil zu sich nahm. Der Genuß der giftigen Flüssigkeit habe aber außer Kopfschmerzen keine nachteiligen Folgen für seine Gesundheit gehabt. Hierauf hat der jugendliche Abenteurer in einem Gasthause in Teplitz übernachtet und sich als „Paul Lehmann aus Dresden" in das Fremdenbuch eingetragen. Zwecks Feststellung der Persönlichkeit des Unbekannten hat die Teplitzer Polizei umfangreiche Nachforschungen angestellt.